



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3384
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dr. Jörn Heimlich

1. Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Wiesbaden, 20.09.2024

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 26. September 2024, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 11.07.2024
2. Mitteilungen
3. **22-S-00-0001**
Fragestunde
4. **24-F-22-0058**

Ein weiterer linker Schildbürgerstreich - Einführung von Tempo 30/40 in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 18.09.2024 -

Mitte August wurde durch den Verkehrsdezernenten Kowol das seinerzeit vom Linksbündnis (Grüne, SPD, Linke und Volt) beschlossene Tempolimit von 30/40 auf Hauptverkehrsstraßen umgesetzt. Begründet wurde dies mit dem Lärmschutz der Anwohner der Straßen (nachdem andere Begründungen für ein Tempolimit in der Vergangenheit nicht ausgereicht hatten).

Das Tempolimit gilt nun seit knapp einem Monat. Anwohner und Verkehrsteilnehmer können aber bereits von ersten gemachten Erfahrungen berichten.

So stellen die betroffenen Anwohner fest, dass sich an dem zweifellos bestehenden Lärm vor ihren Wohnungen praktisch nichts geändert hat. Obwohl in der wärmeren Jahreszeit durch offene Fenster gerade eine Lärminderung vernehmbar sein müsste, berichten viele: „Es ist genauso laut wie vorher“. Viele Anwohner teilen zudem mit, dass der gleichbleibende Lärm nicht das eigentliche Problem ist, sondern vielmehr einzelne Lärmspitzen, die von Autorasern und -posern oder ebensolchen Motorradfahrern verursacht werden. Solche Lärmspitzen verursachen ebenfalls an Haltestellen anfahrende Busse oder auch Personen, die mit Laubbläsern auf der Straße arbeiten.

Verkehrsteilnehmer hingegen berichten, dass der Verkehrsfluss durch den weiteren Eingriff erheblich gestört wird. Zugleich ist es für sie nicht erklärbar, dass sie von einem 30er-Bereich hinter der nächsten Ecke in einem 40er-Bereich gelangen und beim nächsten Abbiegen wiederum 50 fahren dürfen. Auch werden Verkehrsteilnehmer gleichbehandelt, obwohl eine Ungleichbehandlung Sinn ergeben würden: Warum muss sich der ÖPNV auf seiner eigenen Spur an das Tempolimit halten? Warum müssen E-Autos, die nun mal leiser sind als Verbrenner, ebenso ihr Tempo verringern?

Nach einem kurzen Zeitraum steht für die meisten betroffenen Personen bereits fest: „Eine Maßnahme, die ungeeignet ist, den Lärm zu reduzieren, aber dafür umso geeigneter ist, den Verkehr insgesamt zu behindern, kann wohl nur ein Schildbürgerstreich sein!“

Mit der Einführung offenbarte sich zugleich ein weiterer Schildbürgerstreich im Hause Kowol: Dachte man, dass DIGI-V die Umstellung der Ampeln vom bisherigen auf das neue Tempolimit „per Knopfdruck“ selbst erledigt, müssen stattdessen die Mitarbeiter zu jeder Ampel und diese vor Ort umstellen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet darum, dass die im August eingeführte Regelung von Tempo 30/40 zurückgenommen wird;

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, aus welchen Gründen eine Umstellung der Ampeln nicht von der Verkehrsleitzentrale per DIGI-V möglich ist und ob durch die optimale Nutzung von DIGI-V wieder „Grüne Wellen“ auf den Wiesbadener Straßen möglich sind und wenn ja, wann eine Umsetzung erfolgt;
2. zu berichten, wann, durch wen und in welcher Form vor der Einführung von Tempo 30/40 die Auswirkungen auf den Fahrplan von ESWE Verkehr geprüft wurden und mit welchem Ergebnis.

5. 24-V-51-0031

DL 22/24-9

Bericht Tagesbetreuung für Kinder in den ersten Lebensjahren 2023/2024

6. 24-F-05-0006

Tiefengeothermieexploration in Wiesbaden - frühzeitig informieren und Vertrauen schaffen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.09.2024 -

ESWE Versorgung hat im Frühsommer einen „Antrag auf Erlaubnis zur Aufsuchung bergfreier Bodenschätze“ beim Regierungspräsidium Darmstadt gestellt. Laut Antrag „sucht“ ESWE Versorgung nach Erdwärme. Zudem heißt es: „Zur letztendlichen Überprüfung einer wirtschaftlichen Gewinnbarkeit der Wärme soll an einem

Standort zunächst eine Erkundungsbohrung abgeteuft, Temperaturen erfasst und Tests zur Bewertung der möglichen Förderraten durchgeführt werden.“

Bereits mit den ersten Untersuchungen zum geothermischen Potenzial im Wiesbadener Osten vor rund zehn Jahren waren große Hoffnungen verbunden. Letztlich führten diese Untersuchungen jedoch nicht zu einem konkreten Projekt. Auch heute kann die Tiefengeothermie einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Wärmeversorgung der Wiesbadener Bevölkerung leisten.

Ähnliche Projekte an anderen Orten zeigen jedoch, dass häufig bereits Probebohrungen auf erheblichen Widerstand in der lokalen Bevölkerung stoßen. Bereits vor zehn Jahren sah sich ESWE Versorgung mit dem erbitterten Widerstand einer Bürgerinitiative konfrontiert.

Vor diesem Hintergrund sind viele Vorhabenträger dazu übergegangen, die Bevölkerung vor Ort frühzeitig zu informieren und Transparenz über die Planungen herzustellen. Ein professionelles Informationsangebot, das auf den mündigen Bürger setzt und ehrlich informieren statt belehren will, ist daher eine notwendige Voraussetzung für ein erfolgreiches Projekt. Die Kampagnen städtischer Unternehmen zu anderen Großprojekten (Citybahn, Taunuswind) sollten sich daher nicht zum Vorbild genommen werden, möchte man ein Scheitern vermeiden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) Die städtischen Gremien in einem angemessenen Maße über die Pläne der ESWE Versorgung zur zu informieren und insbesondere über die zu erwartenden Explorations- bzw. Bohrbereiche und dem erhofften Beitrag des Projekts zu einer emissionsfreien Wärmeversorgung Wiesbaden zu berichten.
- 2) Bereits deutlich vor Beginn der Erkundungen - gemeinsam mit ESWE Versorgung - die örtliche Bevölkerung über das Vorhaben zu informieren.

7. 24-F-55-0005

Offene Fragen zur geplanten Schienenanbindung der SEM Ostfeld beantworten
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 17.09.2024 -

Gemäß der von der Stadtverordnetenversammlung am 17.09.2020 beschlossenen Satzung zur Städtebaulichen Maßnahme (SEM) Ostfeld muss ein Mobilitätskonzept für das Ostfeld erstellt werden.

Mit der Satzung SEM Ostfeld vom 17.09.2020 wurde ein „überwiegend MIV-freier Stadtteil“ beschlossen.

Am 07.05.2021 stimmte die Regionalversammlung Südhessen (RVS) dem Zielabweichungsverfahren der LH Wiesbaden im Rahmen der SEM Ostfeld zu. Der Zulassungsbescheid des RP Darmstadt vom 12. Mai 2021 beinhaltet unter anderem die Maßgabe einer Planung, Herstellung und Inbetriebnahme von Schienenanschlüssen für den geplanten BKA-Neubau und das „urbane Stadtquartier“ am Fort Biehler.

Im Rahmen der von der RVS geforderten jährlichen Berichterstattung zur Schienenanbindung Ostfeld liegt die „Machbarkeitsstudie Schienengebundener ÖPNV Wiesbaden Ostfeld- Teil II“ vom 16.11.2022 vor.

Im Rahmen der Präsentation der Ergebnisse des Ideenwettbewerbs Ostfelds erklärte der Oberbürgermeister, dass die Frage der Schienenanbindung noch nicht vollständig geklärt und eine weitere Machbarkeitsstudie geplant sei.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Gemäß der Machbarkeitsstudie vom 16.11.2022 hat die Bürogemeinschaft Schüssler-Plan Ingenieurgesellschaft mbH/Mailänder Consult GmbH in Zusammenarbeit mit dem ZIV Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH den Auftrag, eine Machbarkeitsstudie (MBKS) für eine Schienenanbindung Ostfeld zu erstellen. Gemäß dem Bericht vom 16.11.2022 erfolgt die Bearbeitung in enger Abstimmung im überwiegend zweiwöchigen Turnus. Wie stellt sich der aktuelle Stand der Studie nach über zweieinhalb Jahren dar?
2. Welche Versionen der Schienenanbindung haben sich gemäß der MBKS als realisierbar erwiesen? Die Verbindung mit einer Bahnlinie auf Normalspur in Verlängerung der Bahnstrecke Haltepunkt BKA auf Normalspur mit Anbindung in das Schienennetz südlich der A671 (etwa als S-Bahn) oder eine Schienenanbindung auf Schmalspur 100 cm ähnlich der Mainzelbahn als Straßenbahn mit Führung vom Hauptbahnhof Wiesbaden durch das Ostfeld zum Petersweg?
3. Wie hoch sind die aktuellen Kostenschätzungen zur Schienenanbindung, welche Bauwerke und Lagen der Haltepunkte sind zur Anbindung des Ostfeldes geplant?
4. Mit welchem Hintergrund wird eine weitere Machbarkeitsstudie Schienenanbindung bis Ende 2024 in Auftrag gegeben, wenn eine solche doch schon seit Januar 2021 im überwiegend 14 tägigen Turnus bearbeitet wird?
5. Wie hoch sind die bisherigen und monatlichen Kosten für die Bürogemeinschaft Schüssler-Plan Ingenieurgesellschaft mbH / Mailänder Consult für die Machbarkeitsstudie?

8. 24-F-16-0013

Erweiterung der Air Base Erbenheim zur NATO-Einsatzzentrale für die Ukraine Hilfe und eine evtl. Stationierung von Langstreckenraketen durch die USA

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 17.09.2024 -

Die Nachricht, dass auf der Wiesbadener Air Base in Erbenheim als Hauptquartier der NATO die komplette Ukraine Hilfe zentral koordiniert werden soll und auch die gesamte Koordination der Lieferungen von Waffen zentral dann nun von hier angesteuert werden soll, hat für sehr viel Unruhe und auch Ängste nicht nur in der Wiesbadener Bevölkerung gesorgt. Wiesbaden wird als „Erstschlags Ziel“ bei einer Eskalation des Krieges durch Russland angesehen.

Auch die geplante Stationierung von amerikanischen Marschflugkörpern in Deutschland sorgt für Unruhe in Wiesbaden und Umgebung.

Da ich mich selbst schon viele Jahre in der Friedensbewegung aktiv einbringe, macht es mich sehr betroffen, dass eine solche Entscheidung über die Köpfe der Bevölkerung hinweg einfach bestimmt und auch umgesetzt werden soll.

Natürlich liegt diese Entscheidung im Hauptquartier der NATO in Brüssel, bei der „einsamen Zustimmung“ des Kanzlers und beim Verteidigungsministerium der USA, aber wir sollten ein Zeichen setzen, mag es auch nur symbolisch sein, dass in Wiesbaden die politischen Mandatsträger eine solche über die Köpfe der Bevölkerung getroffene Entscheidung nicht einfach so hinnehmen werden.

Auch die Bevölkerung von Wiesbaden und Umgebung erwartet eine klare Positionierung der Kommunalpolitik in dieser Frage.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die Stationierung von amerikanischen Langstreckenraketen in Deutschland insbesondere in Wiesbaden und gegen ein weiteres Wettrüsten aus. Auch das hiesige NATO-Hauptquartier wird mit großer Sorge betrachtet.

9. 24-F-16-0007

Jugendschutz und Cannabiskonsum
- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 03.07.2024 -

ANLAGE

10. 24-F-55-0002

FluglärmSchutzzonen an der US-Airbase jetzt einrichten!
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 21.05.2024 -

ANLAGE

11. 24-F-22-0022

Aberkennung Bürgermedaillen
- Neufassung des Antrages der Fraktionen von CDU und FDP vom 18.09.2024 -

2008 wurde Herrn Jürgen Richter die Bürgermedaille in Gold verliehen (2000 in Silber). Die Auszeichnung wurde mit seiner jahrelangen Arbeit im Kreisvorstand der AWO Wiesbaden sowie seinem vielfältigen Einsatz für die Allgemeinheit begründet.

Herr Richter ist die Schlüsselfigur im Wiesbadener AWO-Skandal. Mittlerweile ist er rechtskräftig wegen Titelmisbrauchs verurteilt worden.

Eine Aberkennung der Bürgermedaillen ist nach § 8a der Ehrenordnung bei unwürdigem Verhalten möglich.

In der Beantwortung der Frage des Stadtverordneten Dr. Völker teilte der Oberbürgermeister mit, dass bei rechtskräftiger Verurteilung wegen Titelmisbrauchs eine Aberkennung der Bürgermedaille aufgrund unwürdigen Verhaltens gerechtfertigt ist.

Zwischenzeitlich ist Herr Jürgen Richter einer Aberkennung zuvorgekommen und hat am 7. August 2024 seine Bürgermedaillen zurückgegeben. In seinem Schreiben vom 14. Juli 2024 teilte er mit, dass er die Verleihungsurkunden nachreichen werde, sobald sie ihm zur Verfügung stehen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Rückgabe der Bürgermedaillen von Herrn Jürgen Richter positiv zur Kenntnis;
2. Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zu erarbeiten, wie zukünftig in vergleichbaren Fällen eine Aberkennung einer Bürgermedaille seitens der Verwaltung geprüft und ein Aberkennungsverfahren eingeleitet wird.
3. Der Magistrat wird gebeten, Herrn Jürgen Richter aufzufordern, alle mit der Verleihung der Bürgermedaillen zusammenhängende Objekte, wie z. B. Verleihungsurkunde und Ehrennadel, zeitnah zurückzugeben.

ANLAGE

12. 24-F-16-0014

Parkplatznot in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 17.09.2024 -

Die Parkplatznot in Wiesbaden belastet Anwohnerinnen, Anwohner und Pendler zunehmend. Ein Modell, das bereits in Düsseldorf erprobt wird, bietet eine potenzielle Lösung: Dort dürfen Bürgerinnen und Bürger ihre Autos gegen eine geringe Gebühr nachts auf Supermarktparkplätzen abstellen. Dieses Konzept nutzt bestehende Flächen effizienter und mindert den Parkdruck in den Innenstädten.

Auch für Wiesbaden könnte das Feierabend-Parken auf Supermarktparkplätzen eine sinnvolle Maßnahme zur Entlastung der Parkplatzsituation darstellen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. die Einführung eines Feierabend-Parkens auf Supermarktparkplätzen in Wiesbaden zu prüfen, das sich an dem Düsseldorfer Modell orientiert, bei dem Supermärkte wie ALDI Süd, Lidl o.a. ihre Parkflächen außerhalb der Öffnungszeiten gegen eine geringe Gebühr für die Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.
2. Gespräche mit Supermärkten und Einzelhändlern in Wiesbaden aufzunehmen, um deren Bereitschaft zur Teilnahme an einem Feierabend-Parken-Projekt zu sondieren und mögliche Kooperationsmodelle zu entwickeln, die Anreize für die Teilnahme schaffen.
3. die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu klären, einschließlich der Nutzung von digitalen Buchungssystemen und Überwachungsmaßnahmen (z. B. App-basierte Buchungen, Kennzeichenerkennung), um die Nutzung und Verwaltung der Parkflächen zu erleichtern und die Sicherheit zu gewährleisten.
4. ein Pilotprojekt für Feierabend-Parken auf Supermarktparkplätzen zu initiieren und dessen Umsetzung zu planen, einschließlich einer Testphase, um die Akzeptanz und Effektivität der Maßnahme zu bewerten.

13. 24-F-16-0015

Führerschein für ehrenamtliche Helfer

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 17.09.2024 -

Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Blaulichtbereich - wie bei der Freiwilligen Feuerwehr, den Rettungsdiensten oder dem Technischen Hilfswerk - sind essenziell für die Sicherheit und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden. Um dieses Engagement zu fördern und Hürden abzubauen, sollte der Zugang zu einem Führerschein erleichtert werden. Ein kostenloser oder vergünstigter Führerschein würde die Mobilität und Einsatzbereitschaft dieser Ehrenamtlichen stärken.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. ein Konzept zur Einführung eines kostenlosen oder vergünstigten Führerscheins für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Blaulichtbereich zu erarbeiten, das folgende Punkte umfasst:
 - o Definition der Anspruchsberechtigten sowie der erforderlichen Nachweise.
 - o Prüfung verschiedener Modelle zur Bereitstellung eines kostenlosen oder vergünstigten Führerscheins, unter Berücksichtigung möglicher Fördermittel von Land, Bund oder anderen Stellen.
 - o Kooperationen mit Fahrschulen zur Bereitstellung entsprechender Angebote.

2. Möglichkeiten zur Vereinfachung und Digitalisierung der Antragsverfahren zu prüfen, um die Prozesse für Ehrenamtliche zu beschleunigen und bürokratische Hürden abzubauen.

14. 24-V-05-0010

Weitere Fragen zu ESWE Verkehr und seinem Subuntemehmer;
Anfrage der BLW/ULW/BIG-Fraktion vom 13. Februar 2024, Nr. 166/2024 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

ANLAGE

Die vertrauliche Antwort des Magistrats steht den Stadtverordneten im PiWi zur Verfügung

15. 24-V-01-0009

ESWE Verkehr - Abwahl Kowol, städtische Personalpolitik, Beleidigung des OB; Anfrage der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 26. März 2024, Nr. 177/2024 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

ANLAGE

Die vertrauliche Antwort des Magistrats steht den Stadtverordneten im PiWi zur Verfügung

Tagesordnung II

1. 22-A-02-0009

Widerspruch gegen die Wahl von Frau Hinninger zur hauptamtlichen Beigeordneten

ANLAGE

2. 22-V-82-0017

DL 20/24-1, 04/23-1 , 03/23-4

Anpassung des Kostendeckungsgrades für die Märkte der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Bericht des Dezernates II vom 18.06.2024 -

3. 23-F-63-0089

DL 20/24-2

Wärme- und Energiewende vorantreiben - Planungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 05.07.2023 -
- Bericht des Dezernates II vom 18.06.2024 -

4. 23-V-40-0013

DL 20/24-3

Erfahrungsbericht zum Energiesparmodell EmMi (Emissions-Minderung an Wiesbadener Schulen)

5. 23-V-40-0021

DL 24/24-1 NÖ, 23/24-1

Kohlheckschule Erweiterungsbau und 2-Feld-Sporthalle - Ausführungsvorlage

6. 24-V-02-0008

DL 22/24-1

Digitales Leitbild

7. 24-V-03-0013

DL 23/24-1 NÖ, 22/24-2

Sachstandsmitteilung zur gerichtlichen Auseinandersetzung um die Beanstandung von Teilen des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0622 vom 20.12.2023 hinsichtlich der Einführung der Wasserverbrauchsteuersatzung

8. 24-V-05-0001

DL 22/24-4

Evaluationsbericht Waffenverbotszone

9. 24-V-05-0007 DL 20/24-5
Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der Aartalbahn Infrastruktur gGmbH (ATB)
10. 24-V-05-0014 DL 21/24-1
Verlängerung der Betrauung der Aartalbahn Infrastruktur gGmbH
11. 24-V-15-0002 DL 22/24-5
Fahrplan zur digitalen Transformation der Stadtverwaltung Wiesbaden
12. 24-V-15-0005 DL 24/24-2 NÖ, 23/24-2
Neuausrichtung der Büroflächennutzung in der Stadtverwaltung Wiesbaden - Etablierung Neuer Arbeitswelten
13. 24-V-20-0017 DL 21/24-3
Investitionscontrolling Baumaßnahmen 2024 zum Stichtag 2. Mai 2024
14. 24-V-31-0005 DL 22/24-6
Nachtragsvereinbarung mit dem Tierschutzverein Wiesbaden und Umgebung e. V.
15. 24-V-34-0002 DL 22/24-7
Jahresbericht 2023 der Stadtpolizei der Landeshauptstadt Wiesbaden (Gefahrenabwehr)
16. 24-V-36-0003 DL 25/24-2, 22/24-8
Klimaschutzkonzept - Strategische Wärmeplanung - Klimaschutzplan
17. 24-V-40-0003 DL 23/24-3
Erweiterung Brüder-Grimm-Schule - Grundsatzvorlage
18. 24-V-41-0006 DL 21/24-4
Generalsanierung Kunsthaus; Verlauf und vorgesehener Abschluss der Maßnahme

- 19. 24-V-41-0012** **DL 21/24-5**
Ideenwettbewerb zur Kontextualisierung von durch die Historische Fachkommission empfohlenen Verkehrsflächen, Gebäuden und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden
- 20. 24-V-50-0013** **DL 22/24-2 NÖ, 21/24-6**
Beitritt zur Gesellschaft Kompetenz für kommunale Innovation + Digitalisierung eG (K4K eG) und Erwerb von Genossenschaftsanteilen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden
- 21. 24-V-51-0005** **DL 20/24-7**
Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Umbau und Erweiterung der Kindertagesstätte Xenia Adlerstraße durch die SEG
- 22. 24-V-51-0017** **DL 20/24-8**
Kultur im Park; Erfahrungsbericht 2023
- 23. 24-V-51-0018** **DL 20/24-9**
Inklusion in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- 24. 24-V-51-0022** **DL 20/24-10**
Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Planung einer 4-gruppigen Kindertagesstätte in der Blücherstraße 7-9 durch die SEG
- 25. 24-V-51-0023** **DL 21/24-7**
"Bericht Nachmittagsangebote Bildung, Erziehung und Betreuung für Grundschulkindern - Schuljahr 2023/24"
- 26. 24-V-51-0029** **DL 21/24-8**
Veröffentlichung Jahresbericht Jugendarbeit 2023
- 27. 24-V-51-0032** **DL 22/24-10**
Außenstelle der Fluxusschule in der alten Grundschule Breckenheim; Finanzierung Mittagsverpflegung

- | | | |
|------------|---|--------------------|
| 28. | 24-V-61-0029 | DL 22/24-16 |
| | Umsetzung der Multifunktionsfläche unter der Schiersteiner Brücke | |
| 29. | 24-V-61-0035 | DL 23/24-4 |
| | Neugestaltung Kochbrunnenplatz - Pilotprojekt der AG öffentlicher Raum | |
| 30. | 24-V-66-0207 | DL 20/24-18 |
| | Kostheimer Landstraße - Neuaufteilung Verkehrsfläche zur Erhöhung der Verkehrssicherheit | |
| 31. | 24-V-66-0208 | DL 20/24-19 |
| | Aufhebung Tempo-30-Zone in der Moritzstraße zugunsten von linienhaftem Tempo 30 | |
| 32. | 24-V-66-0212 | DL 21/24-9 |
| | Öffentliche Straßenbeleuchtung
Straßenbeleuchtungsanlagen Neu- und Ersatzbeschaffung in Wiesbaden 2024 | |
| 33. | 24-V-66-0215 | DL 20/24-20 |
| | Rheingaustraße - Einrichtung eines Fußgängerüberwegs | |
| 34. | 24-V-66-0216 | DL 22/24-23 |
| | Mittelfreigabe Radverkehrstopf #T | |
| 35. | 24-V-66-0303 | DL 22/24-24 |
| | Bericht zur Verkehrssicherung Fahr-, Gehwege 2023 und Mittelverschiebung 2024 | |
| 36. | 24-V-66-0306 | DL 22/24-25 |
| | Beschilderung als Europastadt | |
| 37. | 24-V-66-0307 | DL 23/24-5 |
| | Fahrbahndeckenprogramm Erweiterung | |

- 38. 24-V-70-0002** **DL 23/24-5 NÖ, 22/24-26**
Bau und Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage mit dem Rheingau-Taunus-Kreis;
Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Februar 2023
Nr. 0012; Gründung der "B2P Bio2Power GmbH"
- 39. 24-V-81-0001** **DL 20/24-21**
WLW (81) - Jahresabschluss 2023
- 40. 24-V-81-0002** **DL 20/24-22**
WLW (81) - Bestellung des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2024
- 41. 24-V-82-0002** **DL 23/24-6**
Aktualisierung der Wirtschaftspläne 2025 der TriWiCon und Wiesbaden Congress & Marketing GmbH
- 42. 24-V-82-0005** **DL 21/24-10**
Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Eigenbetrieb TriWiCon für das Wirtschaftsjahr 2024

Tagesordnung III

Zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 5 findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen statt.

- 1. 24-V-31-0004** **DL 25/24-1**
Sanierung Altes Rathaus
- 2. 24-V-41-0008**
Sanierung Caligari
- 3. 24-V-52-0004**
Sanierung des Kunstrasenplatzes 2 sowie Umbau des Naturrasenplatzes auf der Sportanlage Jürgen-Grabowski in Biebrich

4. **24-V-52-0005**
Umbau des Sportplatzes in Wiesbaden-Rambach
5. **24-V-66-0219**
Umgestaltung Schwalbacher Straße im Zuge des Fernwärmeausbaus
6. **24-A-80-0004** **DL 25/24-1 NÖ**
Wahl ehrenamtlicher Verwaltungsrichter/innen
7. **24-V-05-0016** **DL 21/24-2**
Wahl von Betriebskommissionsmitgliedern der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden
8. **24-V-30-0008** **DL 20/24-6**
Vorschlag für die Wahl einer Ortsgerichtsschöffin/eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden III (Wiesbaden-Bierstadt)
9. **24-V-51-0026** **DL 20/24-11**
Nachwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses (JHA)
10. **24-V-61-0006** **DL 21/24-2 NÖ, 20/24-12**
Wohnbauflächenentwicklung vorhabenbezogener Bebauungsplan "Otto-Wels-Straße" im Ortsbezirk Klarenthal - Aufstellungsbeschluss -
11. **24-V-61-0014** **DL 20/24-13**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bauleitplanverfahrens:
Bebauungsplanentwurfs "Europaviertel, 1. Änderung (textliche Ergänzung)" im Ortsbezirk Rheingauviertel / Hollerborn - Aufhebungsbeschluss
12. **24-V-61-0016** **DL 20/24-14**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens Bebauungsplanentwurf "Innenstadt" im Ortsbezirk Mitte - Aufhebungsbeschluss

- 13. 24-V-61-0017** **DL 20/24-15**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens Bebauungsplanentwurf "Schaperstraße" im Ortsbezirk Nordost - Aufhebungsbeschluss
- 14. 24-V-61-0018** **DL 20/24-16**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens Bebauungsplanentwurf "Gartenanlage Am Stollenweg" im Ortsbezirk Klarenthal - Aufhebungsbeschluss
- 15. 24-V-61-0019** **DL 20/24-17**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens Bebauungsplanentwurf "Nördlich der Faulbrunnenstraße" im Ortsbezirk Mitte - Aufhebungsbeschluss
- 16. 24-V-61-0022** **DL 22/24-11**
Aufhebung nicht weiterzuführender Bebauungsplanverfahren
Bebauungsplanentwurf "Bierstadt-Mitte" im Ortsbezirk Bierstadt - Aufhebungsbeschluss
- 17. 24-V-61-0023** **DL 22/24-12**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens
Bebauungsplanentwurf "Boden - Mosbacher Weg" im Ortsbezirk Bierstadt - Aufhebungsbeschluss
- 18. 24-V-61-0024** **DL 22/24-13**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens
Bebauungsplanentwurf "Ziegelei Nath und Oeder - Fichten" im Ortsbezirk Bierstadt -
Aufhebungsbeschluss
- 19. 24-V-61-0025** **DL 22/24-14**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens
Bebauungsplanentwurf "Gartenanlage Wilhelmshöhe" im Ortsbezirk Bierstadt - Aufhebungsbeschluss
- 20. 24-V-61-0027** **DL 22/24-15**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens
Bebauungsplanentwurf "Massenheimer Straße" im Ortsbezirk Bierstadt - Aufhebungsbeschluss

21. **24-V-61-0030** **DL 22/24-17**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens Bebauungsplanentwurf "Mosbach" im Ortsbezirk Biebrich - Aufhebungsbeschluss
22. **24-V-61-0034** **DL 22/24-18**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens
Änderung des Bebauungsplans "Speiergarten" im Ortsbezirk Bierstadt - Aufhebungsbeschluss
23. **24-V-61-0036** **DL 22/24-19**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens
Bebauungsplanentwurf "Im Mühlthal" - 1. Änderung im Ortsbezirk Biebrich
Aufhebungsbeschluss
24. **24-V-61-0037** **DL 22/24-20**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens;
Teilweise Änderung des Bebauungsplanes "Gräselberg" im Ortsbezirk Biebrich - Aufhebungsbeschluss
25. **24-V-61-0043** **DL 22/24-21**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens; Teilweise Änderung des
Bebauungsplanes "Schwimmbad Gräselborn" im Ortsbezirk Biebrich -Aufhebungsbeschluss
26. **24-V-61-0044** **DL 22/24-22**
Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens; Grundsatzbeschluss über
Aufstellung des Bebauungsplans "Biebrich-Gibb" im Ortsbezirk Biebrich - Aufhebungsbeschluss

Tagesordnung IV

1. **23-A-02-0002**
Antrag auf Gewährung von Rechtsschutz
ANLAGE
2. **24-V-01-0020** **DL 22/24-1 NÖ**
Mittelbare Beteiligung der Landeshauptstadt Wiesbaden an der WRT Infrastrukturbau GmbH über die ESWE Versorgungs AG

3. 24-V-02-0014

Neuausschreibung des Betriebs der Spielbank nebst zugehörigem Gebrauchsüberlassungsvertrag

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen statt.

4. 24-V-10-0010

DL 25/24-2 NÖ, 23/24-2 NÖ

Verleihung von Bürgermedaillen

5. 24-V-20-0028

DL 23/24-3 NÖ

Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht I/2024

6. 24-V-20-0029

DL 23/24-4 NÖ

Halbjährlicher Bericht (I/2024) über die Aufnahme von Darlehen und Liquiditätskrediten

7. 24-V-23-0102

DL 21/24-1 NÖ

Verzeichnis der vom 1. Januar bis 30. Juni 2024 genehmigten Grundstücksgeschäfte

8. 24-V-36-0017

DL 20/24-1 NÖ

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 23. Mai 2024

9. 24-V-61-0028

DL 20/24-2 NÖ

Nicht öffentlicher Bericht zur Sitzung der WiSoBoN-Steuerungsgruppe vom 28. Mai 2024

10. 24-V-70-0006

DL 23/24-6 NÖ

Entscheidung über die gerichtliche Geltendmachung einer der MBA Wiesbaden GmbH zustehenden Vertragsstrafe gegenüber der Knettenbrech + Gurdulic Service GmbH & Co. KG.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher